Saar-Zeitung

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

18 72

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatl. Bezugspreis: Durch Agenten und Post: Frs. 4,50. Zeilenpreise Die 6gesp. 40 m/m Zeile 0,25 Frs., Deutschland 7 Pfg., Ausland 0,30 Frs.

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt 1. Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. Fernsprecher Nr. 82. Postfach 59

Nr. 224. Saarlouis, Mittwoch, den 8. Oktober 1924. 53. Jahrgang.

Die französische Beteiligung an der deutschen Anleihe.

Finanzberatungen in Paris.

wtb. Paris, 7. Okt. Heute vormittag hat unter dem Vorsitz von Herriot eine Konferenz stattgefunden, an der neben den führenden Bankiers auch der Finanzminister teilnahm. Gegenstand der Beratung war die Durchführung des Dawesplanes namentlich im Hinblick auf die Anteilnahme Frankreichs an der 800 Millionenanleihe. Eine Delegation, bestehend aus Parmentier, den Bankiers Sarchant und Simon wird sich nach London begeben, um mit den englischen Finanzleuten, dem deutschen Reichsfinanzminister und dem Reichsbankpräsidenten Schacht zu verhandeln.

Wie der „Temps“ mitteilt, ist in erster Linie über die französische Beteiligung an der Anleihe verhandelt worden, die man in unterrichteten Kreisen mit 30 Millionen Goldmark angibt.

Belgiens Anteil an der Anleihe ist auf 1,6 Millionen Pfund Sterling festgesetzt worden.

Die deutsche Wiederaufbauanleihe.

wtb. London, 7. Okt. Die Times betont in ihrem Leitartikel zur deutschen Wiederaufbauanleihe, daß man mit bemerkenswerter Einmütigkeit der Führer aller politischen Parteien die Anleihe billige. Nur die feste Ueberzeugung, daß die Aufbringung der Anleihe im Interesse des europäischen Friedens und der Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Tätigkeit liege, habe Männer wie Baldwin, Grey, Chamberlain, Hornes sowie die Führer der Arbeiterpartei dazu bewogen, diese Operation zu unterstützen, von der sie wüßten, daß sie der Natur der Dinge nach dem britischen Volk keine Begeisterung einflößen könnten. Aber fast alle führenden Staatsmänner, Bankiers und Wirtschaftler in England meinten, daß der Dawesbericht und daher auch die Anleihe einen Fortschritt zum Frieden und zur Wohlfahrt bedeuten. Die Times, die weiter ausführt, daß man sich durch Erinnerungen an die Kriegsverluste das Urteil nicht trüben lassen dürfe, betont dann gegenüber den Befürchtungen, daß die Anleihe den deutschen Wettbewerb steigern könnte, daß der psychologische Wert der Anleihe größer sei, als ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten und daß Deutschland ein Jahr nach dem offiziellen Inkrafttreten des Daweberichts den Alliierten 50 Millionen zahlen müßten. Das seien 10 Millionen Pfund Sterlin mehr, als die Anleihe betrage. Der Zweck der Anleihe sei, das Gefühl des Vertrauens in die deutschen Finanzen zu stärken und um nach Deutschland die auswärtigen Guthaben zurückzubringen, die während der Inflationszeit aus dem Lande gebracht worden seien. Soweit die Geldbedürfnisse für Deutschland in Frage kämen, sei die Anleihe nur eine Bagatelle.

Für die Annäherung.

wtb. Potsdam, 7. Okt. Die deutsche Liga für Menschenrechte hat gestern abend eine Kundgebung im hiesigen Gewerkschaftshause veranstaltet. Eine Parallelversammlung, besonders für die Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-rot-gold, fand in Beckers Restaurant an der Lindenstraße statt. Beide Versammlungen verliefen ruhig, nur vor den Lokalen kam es zu starken Ansammlungen und zu wiederholten Zusammenstößen zwischen Schutzpolizei und Demonstranten, sowie zwischen Stahlhelmleuten und Andersgesinnten. Stinkbomben wurden geworfen. Im Gewerkschaftshause sprach der Reichstagsabgeordnete Paul Loebe, sowie Professor Viktor Basch und der 83jährige Präsident der französischen Liga für Menschenrechte, Buisson. Sämtliche Reden, die in der Aufforderung gipfelten, Deutschland und Frankreich, vereinigt euch im Völkerbund, wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Als die Versammlungen auseinandergingen, sangen sie die Internationale. Auf der Straße hielten 500 Schutzpolizisten die Ordnung aufrecht. Die Teilnehmer an der Kundgebung gelangten ungefährdet zum Bahnhof.

Cuno über das mitteleuropäische Wirtschaftsproblem.

wtb. Budapest, 7. Okt. Der frühere deutsche Reichskanzler Cuno hat auf Einladung der deutsch-ungarischen Handelskammer im Sitzungssaale des alten Abgeordnetenhauses gestern einen Vortrag über die mitteleuropäischen Wirtschaftsfragen und ihrer Beziehungen zum Welthandel gehalten. Dem Vortrag wohnte der deutsche Gesandte Dr. Welczek, Ministerpräsident Bethlen, der Handelsminister, der Präsident der Nationalversammlung, Vertreter des Handels und der Wissenschaft, sowie zahlreiche Mitglieder der reichsdeutschen Kolonie bei. Cuno führte u. a. aus: Das Dawesgutachten ist der Sieg der angelsächsischen Wirtschaftsmethode über die Methode des Politikers Poincare. Ein Irrtum der Siegerländer war es, zu glauben, mit den Friedensverträgen die wirtschaftlichen Beziehungen der Welt aus ihren natürlichen in künstliche Bahnen lenken zu können. Die Friedensverträge stellen eine Zerstörung dar. Erst mit dem Ende des Ruhrkrieges erkannte man, daß ein einseitiges politisches Vorgehen unter Außerachtlassung wirtschaftlicher und finanzieller Gesetze zum Scheitern führen muß. In diesem Sinne hat der Weltkrieg erst mit dem Abbruch des Ruhrangriffs sein wirkliches Ende gefunden. Cuno fuhr fort: Wir stehen heute vor der aufbauenden Arbeit. Das mitteleuropäische Gebiet, mit dem wir uns vor allem beschäftigen müssen, erstreckt sich von den belgisch-französischen Kohlen bis zu den rumänischen Oelfeldern, von der Schweiz und Oberitalien bis zu den schwedischen Erzgruben. Nur im geschlossenen Zusammenhang ist dieses Gebiet entwicklungsfähig, sowie bei der Erkenntnis, daß ein armer zerlumpter Nachbar keinen Gewinn, sondern Verlust bedeutet. Dieses Gebiet wird heute charakterisiert durch zunehmende Zollschutzmauern und Arbeitslosigkeit. Aber diesen Zustand sehen wir auch in den Siegerländern. Das Problem ist für Deutschland als dem zentralen Wirtschaftskörper Europas doppelt kompliziert durch die Reparationsfrage. Die einzige Möglichkeit, daß Deutschland seinen Reparationsverpflichtungen nachkommen kann, ist der Ausbau der Handelsverträge. Ferner sind Kolonien für Deutschland eine Lebensnotwendigkeit. Der Redner besprach sodann Finanz- und Währungsprobleme und betonte, es komme alles darauf an, daß Europa und die Welt die wirklichen wirtschaftlichen Zusammenhänge erkennen. Cuno sprach dann von den künftigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn und schloß mit dem Wunsche, daß mit dem Siege der wirtschaftlichen Vernunft eine politische Beruhigung in den Staaten Europas und der ganzen Welt eintreten werde. Dem Vortrag Cunos folgte lebhafter Beifall.

Die Antworten auf das deutsche Memorandum.

ff. Paris, 7. Okt. In französischen politischen Kreisen verlautet, die Antwortnote auf das deutsche Memorandum, die gestern in Berlin übermittelt wurde, gehe nur auf drei in der schriftlichen Note bekanntgegebene Punkte ein und beantworte nicht die von dem deutschen Botschafter mündlich aufgeworfenen Einzelfragen, deren Regelung nach der in Pariser Regierungskreisen vorherrschenden Auffassung Sache des Völkerbundsrates sei.

Wie aus Genf gemeldet wird, hat der Inhalt der französischen Antwortnote in Völkerbundskreisen keine große Ueberraschung hervorgerufen. Man ist der Meinung, daß es der französisch-belgischen Diplomatie in langen Verhandlungen gelungen ist, mit England auch hinsichtlich der äußeren Form der Antwortnote eine gewisse Uebereinstimmung zu erzielen.

Der Londoner Korrespondent der „Vossischen Zeitung“ erfährt von gutunterrichteter diplomatischer Seite, daß die Meldung der „Times“, wonach die englische Antwort auf das deutsche Memorandum über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bereits feststehe, auf Kombinationen beruhe. Infolge der augenblicklichen schwierigen innerpolitischen Lage in England habe das Kabinett noch keine Gelegenheit gehabt, die deutsche Anfrage zu erörtern. Es sei auch nicht in Aussicht genommen, die Anfrage jetzt zu verhandeln.

Die gleiche geringe Zuverlässigkeit weist die Meldung der „Times“ auf, daß das deutsche Memorandum in englischen Regierungskreisen einen ungünstigen Eindruck gemacht habe. Richtig ist dagegen, daß ein Tag nach Eingang des Memorandums auf englischen Wunsch deutscherseits einige Punkte erläutert worden seien. In englischen Regierungskreisen heißt es weiter, sowie auch bei den drei großen englischen Parteien, habe das Memorandum eine durchaus günstige Aufnahme gefunden.

Zur Regierungsumbildung.

ff. Berlin, 7. Okt. Wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, wurden in der gestrigen Sitzung des Kabinetts die vom Reichskanzler vorgelegten Richtlinien für die Regierungsumbildung einstimmig angenommen. Das Programm wird nunmehr den einzelnen Fraktionen zugestellt werden, damit diese in ihren Beratungen dazu Stellung nehmen können.

***

In einem offiziellen Dementi der deutschnationalen Volkspartei zu der Meldung eines Berliner Blattes, daß die deutschnationale Volkspartei bei dem französischen Ministerpräsidenten Herriot angefragt habe, ob Frankreich ihren Eintritt in die Reichsregierung gutheißen würde, wird zum Schlusse erklärt, daß, falls etwa andere Stellen als die Partei selbst solche Anfragen an den französischen Ministerpräsidenten gerichtet haben sollten, die deutschnationale Volkspartei dagegen aufs schärfste Front machen würde und sich solchen Stellen gegenüber entsprechend verhalten werde.

Die deutschnationale Stellungnahme zu den Richtlinien des Reichskanzlers Dr. Marx.

Wie wir von deutschnationaler Seite erfahren, haben sich die Deutschnationalen mit ihren maßgebenden Instanzen über ihre Stellungnahme zu den Richtlinien des Reichskanzlers Dr. Marx geeinigt. Es wird seitens der Partei die Erwartung Ausdruck gegeben, daß auf Grund der Richtlinien eine schnelle Erledigung der Kriegsschuldfrage angestrebt wird. Ferner wird erwartet, daß die Richtlinien die Garantierung des christlichen Staates und der christlichen Jugenderziehung verlangen. Außerdem wird vorausgesetzt, daß im Interesse der produktiven Steigerung eine Sicherung des Arbeiterfriedens und scharfe Bekämpfung des Terrors erfolgt. Weiter verlangen die Deutschnationalen Abkehr von der Zwangswirtschaft und Schutz der nationalen Erzeugung unter paritätischer Berücksichtigung der verschiedenen Berufsstände. Diese Stellungnahme ist der Reichsregierung übermittelt worden. Die „Kreuzzeitung“ bemerkt in einem „Die Plattform“ überschriebenen Leitartikel u. a.: Sollte Dr. Marx mit seinen Richtlinien grundsätzliche Zustimmung zur Politik der Vergangenheit fordern, so müsse das auf deutschnationaler Seite als verfehlt bezeichnet werden. Nachdem die vorstehend aufgezeichneten deutschnationalen Forderungen aufgestellt sind, heißt es, daß größere Wahrscheinlichkeit bestünde für Einbeziehung der nationalistischen Freiheitspartei in die Regierung zur Volksgemeinschaft als für Einbeziehung der auf Klassenkampf eingestellten Sozialdemokraten.

Die englische Regierungskrise.

wtb. London, 7. Oktober. Die Morgenpresse erwartet bestimmt für morgen den Sturz der Regierung und darauf die Neuwahlen.

Dem Daily Telegraph zufolge bedeutet der gestern gefaßte Beschluß des Kabinetts, daß die Regierung bei der morgigen Unterhausdebatte über den Fall Campbell eine Niederlage erleiden wolle. Die Times schreibt, das Kabinett faßte gestern einen folgenschweren Beschluß, infolgedessen die sofortigen Neuwahlen unvermeidlich scheinen, es sei denn, daß die Liberalen den von ihnen im Falle Campbell eingenommenen Standpunkt vollkommen aufgeben würden. Es verlautete jedoch gestern von unterrichteter Seite, daß der liberale Antrag unter keinen Umständen zurückgezogen werde. Da man annehme, daß die Arbeiterpartei wünsche, daß die Neuwahlen, wenn die Auflösung des Parlaments erfolge, nicht an einem Samstag stattfinden, so sei der wahrscheinliche Standpunkt dafür entweder der 8. oder der 15. November. Macdonalds Rede auf der heute vormittag stattfindenden Arbeiterparteikonferenz werde zweifellos als offizielle Eröffnung des Wahlfeldzugs angesehen werden. Daily Herald schreibt: Die Arbeiterpartei wird kämpfen. Dies ist der Sinn des Kabinettsbeschlusses, der eine einstimmig begeisterte Unterstützung der Arbeiterbewegung findet.

Macdonald.

wtb. London, 7. Okt. In einer Ansprache auf der Jahreskonferenz der Arbeiterpartei führte Macdonald aus, er sei der Meinung, die Regierung der Arbeiterpartei werde auf die analogen Bewegungen und die politischen Auffassungen in der ganzen Welt ermutigend wirken. Macdonald fuhr fort: Wir geben uns zwar nicht der Hoffnung hin, eine neue Welt hervorzuzaubern, hoffen aber doch, daß die alte Welt sich neuen schöpferischen Gedanken zugänglich zeigen werde. Ich bin der Meinung, daß wir Erfolge hatten. Zum Teil war zwar die Tätigkeit der Arbeiterregierung, zum Beispiel in der Arbeitslosenfrage, nur Stückwerk. Die Arbeitslosigkeit konnte bisher nicht beseitigt werden, aber keine Regierung hat bisher mehr für die Unterstützung der Arbeitslosen getan, als die Arbeiterregierung. Der nächste Haushalt, den die Arbeiterpartei vorlegen wird, wird das im letzten Haushaltsplan begonnene gute Werk fortführen. Hierin besteht vielleicht die wahre Erklärung für die Schwie-